Nr. 58. Abendausgabe. Dienstag, 4. Februar 1913.

Königsberger Hartungsche Zeitung.

Reichstag und Landtag.

Konservative Heißsporne im preußischen Abgeordnetenhaus haben in den letzten Tagen über den Reichstag sich ereifert, weil dieser mit der Poleninterpellation in der Enteignungsfrage seine Befugnisse überschritten und sich einer unzulässigen Einmischung in preußische Verhältnisse schuldig gemacht habe. Die Fortschrittliche Volkspartei hat gleichfalls die Erörterung der Poleninterpellation, weil es sich dabei um ausgesprochen preußische Vorgänge handelt, im Reichstag nicht für angezeigt erachtet und sich deshalb bei der Abstimmung über den Interpellationsantrag gegen den Reichskanzler der Stimme enthalten. Mit vollem Recht aber ist der Abg. Cassel im preußischen Abgeordnetenhaus den konservativen Abgeordneten entgegengetreten, die sich desselben Vergehens schuldig gemacht haben, das sie dem Reichstag vorwerfen. Sie haben an dem Reichstag eine Kritik geübt, die mindestens ebenso unzulässig ist als der Vorstoß der Polen, des Zentrums und der Sozialdemokraten im Reichstag gegen das preußische Abgeordnetenhaus.

Der Vorfall wird weitere Folgen haben. Die „Kreuzzeitung" kündigt an, daß die Konservativen im preußischen Abgeordnetenhaus ihre angebliche Zurückhaltung, die preußische Vormachtstellung in Rücksicht auf den Reichsgedanken nicht hervorzukehren und von der Diskutierung von Reichsangelegenheiten, die Preußen nicht unmittelbar berühren, abzusehen, künftig aufgeben werden. Sie wollen fortan nach dem Worte handeln, das einmal der alte Kaiser Wilhelm gesprochen hat, daß das Deutsche Reich doch im Grunde nur „das verlängerte Preußen" sei. Diese Ankündigung wird im Reichstag den Eindruck der Einmischung des preußischen Landtags in Reichsangelegenheiten noch verschärfen. Als vor einigen Jahren der konservative Draufgänger von Brandenstein im preußischen Abgeordnetenhaus ungehörige Angriffe gegen den Reichstag richtete, mußte er sich eine scharfe Zurückweisung durch den Reichstagspräsidenten gefallen lassen. Reichstagspräsident Dr. Kämpf würde deshalb nur nach konservativem Vorbild handeln, wenn er, wie die „Kreuzzeitung" angekündigt hat, demnächst bei Beginn der Sitzung wirklich — einstweilen ist darüber nichts Zuverlässiges bekannt — eine Erklärung gegen die Reden des konservativen Abg. von Kardorff im preußischen Abgeordnetenhaus abgeben würde.

Der Grenzstreit über die Rechte des Reichstags und des preußischen Landtags ist so alt wie das Deutsche Reich. Die Konservativen haben ihnen unbequeme Erörterungen über Vorgänge in Preußen stets mit dem Hinweis zu verhindern gesucht, daß sich der Reichstag in Verhältnisse, die nur den preußischen Landtag angehen, nicht einmischen dürfe. Diesen Standpunkt haben die Konservativen auch in jüngster Zeit beispielsweise vertreten bei den Reichstagsverhandlungen über die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen oder über die mecklenburgische Verfassungsfrage. Dieselben Konservativen aber haben sich keinen Augenblick gescheut, beispielsweise Zollfragen, deren Erledigung ausschließlich dem Reichstag zusteht, gründlich zu besprechen, und zwar in demselben Augenblick, da sie den Stadtverwaltungen das Recht streitig machten, dieselben tief in das Wirtschaftsleben der Städte einschneidenden Fragen in den Kreis ihrer Beratungen zu ziehen.

Die Erinnerung an das Wort, daß das Deutsche Reich im Grunde doch nur ein „verlängertes Preußen" sei, wird außerhalb der schwarz-weißen Grenzpfähle nicht gern gehört werden und sowohl bei den Parteien selbst im Lager der Konservativen, besonders aber auch bei den Regierungen der Bundesstaaten übel vermerkt werden. Es wird vielleicht noch mehr verstimmen als einst das unüberlegte Wort in Moskau, daß die Vertreter der Bundesstaaten als Vasallen des deutschen Kaisers zu den dortigen Krönungsfeierlichkeiten gekommen seien. In den außerpreußischen Bundesstaaten ist man heute noch mehr als in früheren Jahrzehnten argwöhnisch gegenüber Andeutungen, die auf eine Schmälerung der Rechte der Bundesstaaten schließen lassen.

* * *

In Baden, das der Abg. v. Kardorff bei seinen Angriffen auf die freieren staatlichen Einrichtungen Süddeutschlands besonders aufs Korn genommen hatte, hat man bereits auf die unangebrachten Anzapfungen reagiert. So bringt die „Karlsruher Zeitung", wie der Draht meldet, folgende halbamtliche Auslassung:

„Nach Zeitungsberichten äußerte sich der freikonservative Abgeordnete von Kardorff in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 31. Januar, Baden habe sich in der demokratischen Wahlreform auf eine schiefe Ebene begeben. Während die sozialdemokratischen Stimmen im ganzen Reiche seit 1903 um rund 30 Prozent gewachsen sind, seien sie in Baden mit seiner volkstümlichen Politik um 65 Prozent gewachsen; dazu komme, daß die Sozialdemokratie in Baden zur ausschlaggebenden Partei geworden ist, und daß ihr von einem badischen Minister Lorbeerkränze gewunden wurden. Wenn die Aeußerung, so erklärt das amtliche Blatt, so lautet, muß sie als eine unbefugte Einmischung in badische Angelegenheiten zurückgewiesen werden. Sie entspricht aber überhaupt nicht den Tatsachen, ebenso, daß ein badischer Minister der sozialdemokratischen Partei Lorbeerkränze gewunden habe. Die Bemerkung bezieht sich offenbar auf eine Wendung in einer Rede des badischen Ministers des Innern der Ersten Kammer am 13. Juli 1910, aber der Sachverhalt ist durch die Rede des Ministers am 31. Januar 1912 so eingehend klargelegt worden, daß sich ein nochmaliges Eingehen erübrigt."

Man wußte es ohnehin, daß die Kardorffschen Ausführungen nicht den Tatsachen entsprechen, vielmehr Uebertreibungen skrupellosester Art waren. Gleichwohl ist es zu begrüßen, daß die badische Regierung auf die unberufene junkerliche Einmischung prompt geantwortet hat.

Fleischteuerung und Wirtschaftspolitik.

Unter dieser Aufschrift hat der bekannte fortschrittliche Politiker Amtsgerichtsrat Dr. Ludwig Herz in der Verlagsanstalt „Deutsche Presse", Berlin, eine ruhig gehaltene, außerordentlich inhaltsreiche Schrift erscheinen lassen (Einzelpreis 20 Pf.), die frei von agitatorischen Beweggründen den wichtigen und schwierigen Fragen der Volksernährung und der jetzigen Teuerung neue Seiten abgewinnt. Wir möchten durch die Wiedergabe einiger Stellen unsere Leser zur Anschaffung des für die Beurteilung der Teuerungsangelegenheit wertvollen Heftes anregen.

Dr. Herz schreibt u. a.: „Deutschland wäre wohl imstande, seinen Fleischbedarf zu decken, wenn man sich von dem jetzigen Wirtschaftssystem abkehrt, das durch die Getreidezölle den Preis des Getreides und namentlich des Roggens künstlich gesteigert hat. Vom privatwirtschaftlichen Standpunkte aus ist es ganz begreiflich, daß unter diesen Umständen Roggen auch auf den leichtesten Böden gepflanzt wird. Seit 1905 (der erhöhte Bülowsche Zolltarif trat 1906 in Kraft) ist die Anbaufläche von Getreide um 231 000 Hektar gestiegen, die Bewässerungswiesen nahmen um 100 000, die mit Klee besetzte Fläche um 243 000 Hektar ab. Deutschland ist künstlich zu einem Ausfuhrland für Roggen gemacht worden. Im Durchschnitt der letzten vier Erntejahre wurden zirka 537 000 Tonnen Roggen jeweilig ausgeführt. Das ist der Jahresertrag von etwa 300 000 Hektar. Hätte man diese Fläche mit Futtermitteln bestellt, so hätte man die Schweinefleischerzeugung jährlich um 8½ bis 9½ Prozent heben können und nicht auf Kosten der Steuerzahler anderen Ländern den Roggen billiger geliefert als das Viehfutter dort kostete, zum Nachteil natürlich auch der deutschen Viehzüchter . . . Daß niedrige Getreidezölle zur Viehzucht anreizen, beweist nicht nur das Beispiel von Dänemark und Holland, den Freihandelsländern, sondern auch unsere eigene Wirtschaftsgeschichte. Als die Caprivischen Handelsverträge diese Zölle herabgesetzt hatten, d. h. in den Jahren 1892 bis 1906, nahm die Viehzucht überraschend zu. Das hat selbst der hochagrarische Deutsche Landwirtschaftsrat in seiner Denkschrift, wenn auch indirekt, zugegeben."

Auch die innere Kolonisation wird durch die Getreidezölle erschwert, da diese, wie Herz weiter ausführt, nicht nur eine ungesunde Erhöhung der Bodenpreise zur Folge gehabt haben, sondern auch den Großgrundbesitz zu Arrondierungen auf Kosten des Bauernlandes veranlaßt haben. Dr. Herz steht auf dem Standpunkt, daß die Milliardenwerte, die im Viehstand des Deutschen Reiches stecken, nicht streng genug geschützt werden könnten. Es müsse da heißen: lieber zu viel als zu wenig. An den Seuchenvorschriften dürfe nur wenig gerührt werden. Allerdings könne die Regierung auch anders. Bei dem deutsch-österreichischen Handelsvertrag vom 1. März 1906 sei der Seuchenschutz vermindert worden, um die hohen Getreidezölle durchzusetzen. Man dürfe zu viel von der Vieheinfuhr nicht erwarten; es ständen keine Viehherden an den Grenzen, die nur darauf warteten, in Deutschland geschlachtet zu werden. Herz kommt nach seinen eingehenden Untersuchungen und Betrachtungen zu dem Schluß, daß es nur ein Mittel gibt, die Teuerung wirksam zu bekämpfen — eben die Aenderung unseres Wirtschaftssystems.

Der Krieg beginnt wieder.
Bombardement von Adrianopel.

Vor Adrianopel donnern wieder die Geschütze. Die Bulgaren scheinen zum Sturm auf die Festung entschlossen; sie haben nicht einmal Landkonzessionen an Serbien gescheut, um sich die volle militärische Unterstützung der Bundesbrüder für das schwere Unternehmen zu sichern. Unter dem tat man's in Belgrad nicht. Ja, es wird sogar von Parlamenteln zwischen serbischen Generälen und dem türkischen Befehlshaber behufs Verlängerung des Waffenstillstandes vor der Stadt erzählt.

Durch den neuen Schlachtenlärm wird die Kunde von dem „Vermittelungsversuch" zunächst übertäubt, der gestern in letzter Stunde von den Großmächten in Sofia gemacht worden sein sollte und als dessen Ergebnis das Zugeständnis Bulgariens verzeichnet wurde, daß ein mit religiösem Hoheitsrecht ausgestatteter Vertreter des Kalifen in Adrianopel künftig residieren solle. Nur ist dieses Zugeständnis nicht ganz neu. Die prinzipielle Bereitwilligkeit dazu ist schon früher erklärt worden. Irrig wäre es vor allem, anzunehmen, daß dieses Zugeständnis der bulgarischen Regierung irgend etwas an der gegenwärtigen Lage ändere. Erst wenn die Türkei sich den Bedingungen der Mächte fügen, d. h. Adrianopel ungeteilt abtreten würde, gewänne diese Zusage Bulgariens wieder Aktualität. Dazu zeigen sich aber die Türken noch keineswegs geneigt. Sie wollen lieber noch einmal das Waffenglück versuchen. Die Großmächte aber sehen keinen Anlaß, die beiden streitenden Parteien, die auf dem Wege friedlichen Ausgleichs nicht einig werden können, an der blutigen Austragung ihres Zwistes mit eigener Gefahr zu hindern. Sie wollen die Bulgaren nicht des mit schweren Opfern erstrebten Siegespreises berauben, und sie wollen den Türken nicht in den Arm fallen, die da noch an eine Wendung des Schlachtenglücks zu ihren Gunsten glauben.

In Konstantinopel sind, wie gemeldet wird, die Nachrichten von dem Wiederbeginn der Feindseligkeiten mit verhältnismäßiger Ruhe aufgenommen worden. Doch hatte der Augenblick der erwarteten gemeinsamen Intervention der Großmächte eine etwas nervöse Stimmung erzeugt. Man fühlte große Beunruhigung, als gestern bekannt wurde, daß der französische Botschafter Bompard dem Großwesir Mahmud Schefket erklärt habe, ein derartiger Kollektivschritt werde keinesfalls erfolgen. Man gibt sich indessen trotz allem der Hoffnung hin, ein Eingreifen der Mächte werde vielleicht doch noch stattfinden, wenn der Ansturm der Bulgaren auf Adrianopel ohne Erfolg bleiben sollte. Militärische Kreise der Türkei urteilen, daß ernsthaftere Kämpfe bei Tschataldscha wegen des schlechten Geländes überhaupt nicht stattfinden können.

*

Wien, 4. Februar. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Sofia, ihr Korrespondent erfahre authentisch, daß um 8 Uhr 7 Minuten die Kanonade auf Adrianopel begonnen habe. Regierungsseitig wird diese Mitteilung bestätigt.

Nach einer Drahtung der türkisch-offiziösen „Agence Ottomane" erschien gestern ein serbischer Parlamentär beim Kommandanten von Adrianopel und bot ihm eine viertägige Verlängerung des Waffenstillstandes an. (?) Bald darauf begann jedoch seitens der Bulgaren das Bombardement. Die europäischen Konsuln baten durch Funkspruch ihre Regierungen entweder um Abgrenzung einer neutralen Zone für ihre Kolonien oder um freien Abzug nach Konstantinopel.

r. **Konstantinopel, 4. Februar. Die hier eingetroffenen funkentelegraphischen Nachrichten aus dem belagerten Adrianopel lauten günstig. Es fehlt nur an Salz und Petroleum. Sonst sind Lebensmittel auf die Dauer eines Monats noch vorhanden. Die Soldaten und die Bevölkerung ernähren sich in ausgiebiger Weise mit Pferdefleisch. Gestern Vormittag stiegen in San Stefano zwei türkische Aeroplane auf, die die Richtung nach Adrianopel einschlugen.**

r. **Konstantinopel, 4. Februar. Die Feindseligkeiten vor Tschataldscha begannen gestern noch nicht, da das Gelände durch heftige und anhaltende Regengüsse völlig aufgeweicht ist. Man nimmt jedoch hier an, daß die Kämpfe heute früh aufgenommen worden sind.**

Lohn für serbische Waffenhilfe.

Belgrad, 4. Februar. „Trgowinski Slasnik" erfährt, daß zwischen Serbien und Bulgarien ein neues Einvernehmen getroffen sei, wonach Bulgarien für die großen von der serbischen Armee im bulgarischen Interesse in Thrazien und vor Adrianopel gebrachten Opfer territoriale Kompensationen in Mazedonien an Serbien erteilte.

Es berührt einigermaßen seltsam, daß die Serben, die ihre verhältnismäßig leicht errungenen Siege lediglich dem Umstand zu danken haben, daß der Bulgarensturm die türkische Hauptmacht auf sich zog, ihre Waffenhilfe vor Adrianopel jetzt nur gegen Entschädigungen zur Verfügung gestellt haben. Das läßt nichts Gutes für die künftigen Beziehungen zwischen den Vierbundstaaten ahnen.

r. **Belgrad, 4. Februar. Das Blatt der serbischen Nationalistenpartei richtet einen Appell an den König Peter. Darin beschwört es den König, wenn schon die serbische Regierung so kurzsichtig sei und eine rein bulgarische Politik treibe, doch seinerseits um keinen Preis zuzugeben, daß die Blüte der serbischen Kraft nach Adrianopel und Tschataldscha in den Tod geschickt werde, um fremden Vorteils willen.**

Bulgariens Zugeständnisse an Rumänien.

Nach Erklärungen Dr. Danews gegenüber einem Redakteur des Pariser „Temps" hat Bulgarien in folgende Konzessionen an Rumänien eingewilligt:

Wir haben den Rumänen das Anerbieten gemacht, daß wir unsere Grenzen nicht befestigen wollen, ohne ihnen das Recht zu bestreiten, ihre eigenen Grenzen zu befestigen. Wir haben ihnen sogar versprochen, die südlich von Silistria gelegenen, übrigens wenig bedeutenden Forts zu schleifen. Wir haben Rumänien einen Gebietsvorteil angeboten durch die Abtretung zweier Dreiecke, welche in das rumänische Gebiet hineinreichen, sowie durch die Abtretung eines Küstenstrichs südlich von dem rumänischen Hafen Mangalia. Schließlich haben wir alle Forderungen Rumäniens betreffend die Kutzowalachen in Mazedonien bewilligt und haben sogar zugegeben, daß deren Schulen und Kirchen in dem neuen bulgarischen Gebiet mit Unterstützung der rumänischen Regierung erhalten werden können. Wir hoffen, daß wir auf diese Weise einen neuen Patriotismus, einen Balkanpatriotismus, schaffen werden, daß Griechen, Bulgaren, Serben und Rumänen überall auf dem Balkan sich zu Hause fühlen.

Bulgariens Rechtfertigung. — Neue Forderungen.

Sofia, 4. Februar. Das bulgarische Regierungsblatt „Mir" weist die Auffassung zurück, daß die Bulgaren bei der Wiederaufnahme des Krieges mit übertriebener Hast handelten.

Diese Vorwürfe, so schreibt das Blatt, sind nicht verdient, denn die Langsamkeit in den Verhandlungen, die dem Lande ungeheure Opfer, welche selbst die des Krieges übertreffen, auferlegten, durfte nicht ins Unendliche fortgesetzt werden. Es genügt daran zu erinnern, daß Bulgarien mehr als eine halbe Million Mann auf dem Kriegsfuß erhält. Da die Türkei der Kollektivnote der Mächte nicht nachgegeben hat, konnte niemand von den Mächten verlangen, daß sie zu Zwangsmaßnahmen der Pforte greifen. Die Wiederaufnahme des Krieges ist daher unausweichlich. Und dann wird es sich nicht mehr um das Wilajet Adrianopel handeln, sondern es wird nur von Konstantinopel und den Dardanellen zu sprechen sein. (Dr. Danew, der Spezialdelegierte Bulgariens, hat in Paris etwas vorsichtiger die Forderung eines Zugangs zum Marmarameer und eine höhere Kriegsentschädigung als voraussichtliche Nachtragsforderungen der Bulgaren bezeichnet.)

Friedensgerüchte.

r. **London, 4. Februar. Nach einer Meldung der „Times" erhält sich in Sofia das Gerücht, daß die Pforte neue telegraphische Anerbietungen an die bulgarische Regierung gemacht habe. Es verlautet, daß die Türkei nunmehr bereit sei, Adrianopel zu den von den Bulgaren als annehmbar bezeichneten Bedingungen zu übergeben.**

Oesterreichisch-russische Abrüstung.

r. **Wien**, 4. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Zeit" erfährt, erwartet man in eingeweihten Kreisen als Wirkung des kaiserlichen Handschreibens an den Zaren die Abrüstung auf beiden Seiten. Bis längstens den 10. dieses Monats sollen alle über den normalen Friedensstand hinaus einberufenen Reservemannschaften gleichzeitig entlassen werden. Von der österreichischen Kriegsverwaltung wurde bereits die Einstellung der Arbeiten zur Instandsetzung der Festungen in Galizien anbefohlen. An diesen Arbeiten waren seit Monaten mehr als 20 000 Arbeitskräfte beschäftigt.

Petersburg, 4. Februar. Prinz Hohenlohe, der Ueberbringer des Handschreibens des Kaisers Franz Josef, ist hier eingetroffen.

Notizen.

Der griechische Ministerpräsident Dr. Venizelos ist auf der Rückreise von London in Wien eingetroffen.

Dr. Danew und der bulgarische Gesandte Stanciow besuchten Dienstag in Paris den französischen Ministerpräsidenten Briand.

Der deutsche Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim konferierte Dienstag längere Zeit auf der Pforte mit dem Großwesir. Heute werden nach der „D. Tgztg." die sechs Botschafter der Großmächte gemeinsam die Lage beraten.

Dschavid Bey, der frühere türkische Finanzminister, ist nach Konstantinopel zurückgekehrt.

Die in Saloniki stehenden griechischen Divisionen sind durch Einstellung neuer aus Athen eingetroffener Truppen beinahe wieder auf die ursprüngliche Stärke (20 000 Mann) gebracht.

Die türkischen Militärbehörden betreiben eifrig die Requisition von Pferden und Wagen für Militärtransporte. In den Moscheen werden öffentliche Vorträge und Predigten zugunsten des Krieges abgehalten.